

# Zähes Ringen ums Freibad-Geld

Lauenauer Rat stimmt nur widerwillig für Transferleistung an die Samtgemeinde / Ja aus Rodenberg

VON GUIDO SCHOLL

**LAUENAU/RODENBERG.** Eine heftige Diskussion um eine mögliche Transferleistung an die Samtgemeinde hat es im Lauenauer Rat gegeben. Vorschlag der Verwaltung war, 100 000 Euro für die Betriebskosten der Freibäder dazu zu bezahlen. Dieselbe Summe soll auch die Stadt Rodenberg entrichten. Denn im Etat der Samtgemeinde klafft ein Riesenloch. Am Schluss kam ein Kompromiss zustande.

Die Mehrheit im Lauenauer Rat war zunächst gegen die 100 000 Euro als Transferleistung an die Samtgemeinde für den Betrieb des Freibades. Bürgermeister Wilfried Mundt betonte, dass die Samtgemeindeumlage gerade erst um zwei Punkte erhöht worden sei, jetzt

abermals zwei Punkte oben drauf kämen. Dies habe beide Male bereits 100 000 Euro an Mehraufwendungen für den Flecken bedeutet. Nun sollte dieselbe Summe für das Freibad gezahlt werden – das wären dann insgesamt 300 000 Euro zusätzlich für Lauenau. Diese Summe könne er den Bürgern angesichts des Sanierungsstaus im Bad nicht erklären.

Daher habe die Mehrheit im Verwaltungsausschuss auch gegen die Transferzahlung votiert. Dies wäre anders gewesen, hätte die zusätzliche Aufwendung bedeutet, dass das Bad im Gegenzug modernisiert würde. Dies sei aber nicht geplant, stattdessen werde darüber diskutiert, die Einrichtungen an den Flecken Lauenau und die Stadt Rodenberg zu übertragen. Diese Über-

nahmen hätten längst geregelt werden sollen – dies sei ein Versäumnis der Vergangenheit.

Auch Mundts Fraktionskollege Uwe Budde sah nicht ein, warum Lauenau weitere Abstriche machen müsse, während die Samtgemeinde unnötige oder zumindest überzogene Ausgaben plane. Als Beispiel nannte Budde die Sanierung des sogenannten Promilleweges zwischen Pohle und Apelern, womit allein die Hälfte der gewünschten Transferzahlung „verpulvert“ würde. Manuela Becker (SPD) hielt der Samtgemeinde wiederum vor, nicht genug zu tun, um die eigenen Einnahmen zu steigern – beispielsweise, um das Defizit bei der Kinderbetreuung zu verringern.

Nicole Wehner (WGLF) ent-

gegnete, dass auch Rodenberg sein Ja zur Transferzahlung kassieren dürfte, sollte Lauenau die 100 000 Euro nicht bezahlen. Dann drohe eine abermalige Umlageerhöhung, weil die Samtgemeinde auf das Geld angewiesen sei. Schließlich sei nach den Winterstürmen auch eine Dachreparatur im Bad nötig. Ihr schloss sich Jürgen Hansen (Grüne) an. Lauenau profitiere auch von umliegenden Gemeinden. Dies wiederum würden durch eine weitere Umlageanhebung stärker belastet als der Flecken.

Klaus-Werner Volker (SPD) sah dies gänzlich konträr. Lauenau finanziere beispielsweise ohnehin schon einen wesentlich größeren Anteil der Samtgemeindeumlage als die kleineren Gemeinden. Nicole

Janisch (CDU) sprach sich ebenfalls gegen die Transferzahlung aus, da in 2022 keine Investitionen vorgesehen seien. Sollte sich daran etwas ändern, wäre eine Zahlung per Nachtragshaushalt denkbar.

Die Verwaltung signalisierte schließlich, dass eine Art Zweckbindung der 100 000 Euro im Etat der Samtgemeinde möglich wäre. Unter dieser Maßgabe ließen sich auch SPD und CDU/FDP darauf ein, der Kommune das Geld zur Verfügung zu stellen. Auch der Rat der Stadt Rodenberg bewilligte die 100 000 Euro. Allerdings ohne eine Klausel zur Zweckbindung – eine Diskussion dazu ergab sich gar nicht erst. Das Defizit im Etat der Samtgemeinde beträgt dennoch voraussichtlich eine Million Euro.